

Vorhaben:	Erneuerung des Kleinkinderbereichs im Freibad Schwalbach
Vergabeverfahren:	VgV – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Leistungen:	Leistungen im Leistungsbild Technische Ausrüstung ALG 1 und 7 gem. Teil 4 Abschnitt 2 HOAI 2021 – Los 2
Auftraggeber:	 Eigenbetrieb Hallenfreibad der Gemeinde Schwalbach Hauptstraße 92 66773 Schwalbach

Blau hinterlegte Felder sind vom Bewerber auszufüllen!

Ja/Nein-Fragen sind jeweils mit einem „X“ zu beantworten / anzukreuzen!

Angaben zur Person des Bewerbers			
Name / Firma			
Anschrift / Straße			
PLZ, Ort			
Telefonnummer			
E-Mail-Adresse			
vertretungsberechtigte Ansprechperson			
Umsatzsteuer-ID-Nr.			
Art des Angebots (Zutreffendes bitte ankreuzen)	☐	Einzelbewerber	
	☐	Bewerbergemeinschaft *)	
		Angabe Rechtsform bei einer Bewerbergemeinschaft	
	☐	mit Nachunternehmern *)	
	☐	sonstiges (bitte erläutern)	
		Ja	Nein
Es wird bestätigt, dass keine Mehrfachbewerbung erfolgt, z.B. in Form einer Einzelbewerbung und zusätzlich einer Bewerbergemeinschaft oder in mehreren Bewerbergemeinschaften		☐	☐

Präqualifikation			
☐	Mein / Unser Unternehmen ist in folgender Datenbank präqualifiziert:		
Name PQ-Verein	Angabe der Registrierungsnummer		
☐	AVPQ		
☐			
		Ja	Nein
Lieg eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vor? (nur ersatzweise erforderlich zum Nachweis der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen)		☐	☐

*) In diesen Fällen bitte vorläufig die in der Verfahrensumgebung beigefügten VHB-Formulare nutzen

Hinweise

Die im Teilnahmewettbewerb einzureichenden Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind mit Ausnahme der in einer der v.g. Datenbanken hinterlegten Nachweise beigelegt.

Dem Antrag liegen auch die in der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb benannten, beim Bewerber verbleibenden Unterlagen zu Grunde.

Nachfolgende Seiten, Musterformulare etc. des Teilnahmeantrages sind in der Reihenfolge unverändert dem Teilnahmeantrag beizufügen. Sofern Musterformulare nicht von allen Mitgliedern einer Bewerbungsgemeinschaft beizubringen sind, wird hierauf ausdrücklich hingewiesen. Ohne Hinweis muss die Beibringung durch jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft erfolgen. Sofern Erklärungen von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft einzureichen sind, sind die entsprechenden Seiten, Musterformulare etc. kostenneutral für die ausschreibende Stelle entsprechend zu vervielfältigen und vom jeweiligen Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Sofern vom Bewerber / der Bewerbungsgemeinschaft ergänzende Unterlagen/Nachweise beizubringen sind, so sind diese im Anschluss an das jeweils einschlägige Formular dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Hinsicht der Relevanz der geforderten Erklärungen und Nachweise für die Bewerberauswahl wird auf die Bewertungsmatrix für den Teilnahmewettbewerb in den Besonderen Bewerbungsbedingungen (BBB), Ziffer 3.4, 3.6, hingewiesen.

1. Auf der Grundlage Ihrer Anfrage zum Teilnahmewettbewerb bewerbe/n ich/wir mich/uns um die Teilnahme an dem o.g. Vergabeverfahren.
2. Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die von mir/uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können. Ich/Wir bin/sind mir/uns bewusst, dass wissentlich falsche Erklärungen den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben können.

Ort, Datum	Bewerber, Vor- und Nachname der erklärenden Person

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Vorhaben:	Erneuerung des Kleinkinderbereichs im Freibad Schwalbach
Vergabeverfahren:	VgV – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Leistungen:	Leistungen der im Leistungsbild Freianlagenplanung gem. Teil 3 Abschnitt 2 HOAI 2021 – Los 1
Bewerber *)	

*) vom Bewerber / Bieter / anderen Unternehmen auszufüllen und einzureichen. Jedes andere Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe oder der Unterauftragsvergabe und jedes Bewerber- oder Bietergemeinschaftsmitglied muss eine eigene Erklärung ausfüllen und einreichen.

Die zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB und die fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB sind auf den folgenden Seiten zur Kenntnis dargestellt.

Nichtvorliegen von Ausschlussgründen		
	Ja	Nein
Liegen einer oder mehrere der zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB bei Ihnen vor?	☐	☐
Ist Ihr Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und ist dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden?	☐	☐
Liegen einer oder mehrere der zwingenden Ausschlussgründe nach § 124 GWB bei Ihnen vor (gesonderte Angaben s.u.)?	☐	☐
Sind einer oder mehrere der nachfolgenden fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bei Ihnen gegeben? Bitte ankreuzen.		
Mein / Unser Unternehmen ist zahlungsunfähig.	☐	☐
Ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren ist beantragt worden.	☐	☐
Ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren ist eröffnet worden.	☐	☐
Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden.	☐	☐
Ein Insolvenzplan ist rechtskräftig bestätigt worden. Diesen werde ich auf Verlangen vorlegen.	☐	☐
Mein / Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation.	☐	☐
Mein / Unser Unternehmen hat seine Tätigkeit eingestellt.	☐	☐
Sind einer oder mehrere der nachfolgenden fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 Nr. 1, 3 bis 7, Abs. 2 GWB bei Ihnen gegeben? Bitte ankreuzen.		
Haben Sie bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen?	☐	☐
Hat Ihr Unternehmen oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist *), im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird?	☐	☐
Hat Ihr Unternehmen mit einem anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder erwirken sollen?	☐	☐
Sind im Zuständigkeitsbereich des Ihres Unternehmens Personen tätig, bei denen ein Interessenkonflikt vermutet wird (vgl. auch § 6 VgV)?	☐	☐

War Ihr Unternehmen in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen?	☐	☐
Hat Ihr Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernde Mängel erkennen lassen und hat dies die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen?	☐	☐
Sind Sie oder eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist *), - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz. - gem. § 98c Aufenthaltsgesetz oder - gem. § 19 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder eine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden?	☐	☐

*) Das Verhalten einer Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Sofern Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 vorliegen (einer oder mehrere der v.g. Punkte wurden mit „Ja“ beantwortet), können gem. § 125 GWB die vorgenommenen Selbstreinigungsmaßnahmen mitgeteilt und nachgewiesen werden (vgl. Formblatt „Angaben zur Selbstreinigung“).

Hinweis (vgl. § 126 GWB):

Wenn ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund vorliegt, keine oder keine ausreichenden Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ergriffen hat, darf es gem. § 126 GWB

- 1) bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB höchstens fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung oder
- 2) bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB höchstens drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis

von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Ort, Datum	Bewerber, Vor- und Nachname der erklärenden Person

§ 123 Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.
- Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. der öffentliche Auftraggeber auf geeignete Weise nachweisen kann, dass das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadenersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt.

Angaben zur Selbstreinigung (sofern einschlägig)

Vorhaben:	Erneuerung des Kleinkinderbereichs im Freibad Schwalbach
Vergabeverfahren:	VgV – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Leistungen:	Leistungen der im Leistungsbild Freianlagenplanung gem. Teil 3 Abschnitt 2 HOAI 2021 – Los 1
Bewerber	

Sofern Sie einen oder mehrere Punkte des Formblatts „Nichtvorliegen von Ausschlussgründen“ mit „Ja“ beantwortet haben, erläutern Sie bitte die näheren Umstände und legen Sie dar, warum Sie unter diesen Umständen dennoch in der Lage sind, den Auftrag zu erfüllen. Bitte erklären Sie sich hierzu auf einer gesonderten Anlage, die Sie dieser Erklärung beifügen.

Ich/Wir erkläre/n, dass

Soweit mein/unser Unternehmen einen Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB verwirklicht hat, habe/n ich/wir folgende und jederzeit in meinem/unseren Unternehmen durch Einblick in die Firmenstrukturen und Organisationsregelungen nachprüfbare Selbstreinigungsmaßnahmen vollzogen:

a) Personelle Maßnahmen:

Im Hinblick auf für uns handelnde Personen und deren schwerwiegende Verfehlung/en haben wir folgende personelle Maßnahmen ergriffen:

--

b) Organisatorische Maßnahmen:

Folgende organisatorische Maßnahmen, die geeignet sind, zukünftige Straftaten und zukünftiges Fehlverhalten zu vermeiden, wurden in unserem Unternehmen getroffen:

--

c) Technische Maßnahmen:

Folgende technische Maßnahmen, die geeignet sind, zukünftige Straftaten und zukünftiges Fehlverhalten zu vermeiden, wurden in unserem Unternehmen getroffen:

--

d) Interne Haftungs- und Schadensersatzregelungen:

Für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden haben wir einen Ausgleich gezahlt bzw. erklären, dass wir uns zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichten bzw. verpflichtet haben.

☐	Ja	☐	Nein
--------------------------	----	--------------------------	------

e) Mitwirkung bei Schadensaufklärung:

Wir erklären, dass wir die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden im Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt haben.

Eigenerklärung zur Eignung

Vorhaben:	Erneuerung des Kleinkinderbereichs im Freibad Schwalbach
Vergabeverfahren:	VgV – Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
Leistungen:	Leistungen der im Leistungsbild Freianlagenplanung gem. Teil 3 Abschnitt 2 HOAI 2021 – Los 1
Bewerber	

Die zu erfüllenden Eignungskriterien ergeben sich aus der Bekanntmachung bzw. den Besonderen Bewerbungsbedingungen (BBB), Ziffern 3.2 und 3.6. Zunächst sind im Rahmen dieses Teilnahmeantrags ausschließlich die nachstehenden Eigenerklärungen erforderlich. Über die Eigenerklärungen hinausgehenden Nachweise werden gem. § 122 Abs. 3 S. 2 GWB i. V. m. § 48 Abs. 1 S. 2 VgV erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestellen von den aussichtsreichen Bewerbern angefordert.

	Ja	Nein
Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung		
Liegt ein Fremdnachweis zur Berechtigung der Führung der Berufsbezeichnung vor?	☐	☐
Liegt ein Nachweis zur Mitgliedschaft der entsprechenden Kammer vor?	☐	☐
Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit		
Besteht eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 1,5 Millionen € je Schadensfall für Personenschäden und 500.000 € je Schadensfall für Sachschäden? Die Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das Doppelte dieser Deckungssumme betragen. Bei einer aktuell niedrigeren Höhe s.u.	☐	☐
Bei einer aktuell niedrigeren Höhe (s.o.) wird bestätigt, dass bei einer Beauftragung der Versicherungsschutz im o.g. Sinne erfolgen kann und unverzüglich zu erfolgen hat.	☐	☐
Hinweis: Der Nachweis der bestehenden Berufshaftpflichtversicherung bzw. der Versicherungsbescheinigung bei Unterdeckung im o.a. Sinne wird von aussichtsreichen Bewerbern nachgefordert. Bei Unterdeckung oder fehlender Bescheinigung darf keine weitere Nachforderung erfolgen und führt zwingend zum Ausschluss.		

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Drei Referenzprojekte über vergleichbare Tätigkeiten

Die notwendigen Referenzanforderungen / Mindestanforderungen sowie weitere notwendige Angaben ergeben sich aus der Bekanntmachung bzw. den BBB, Ziffer 3.2 und 3.6.

Sie können der Vergabestelle die Prüfung und Wertung erleichtern, indem Sie an der betreffenden Stelle markieren, dass Sie die angegebene Referenz als Vorzugsprojekt für die Prüfung und Wertung einbringen wollen. Ansonsten ist für die Bewertung die jeweils beste Referenz je Unterkriterium maßgeblich.

Bei Einreichung von mehr als drei Referenzprojekten kann dies in freier Form oder durch Vervielfältigung der nachstehenden Tabellen erfolgen, unter Beibehaltung der erforderlichen Angaben.

Referenzprojekt 1								
☐	Die Referenz ist Vorzugs-Referenz zur Prüfung und Wertung der Begrenzungskriterien							
Projektbezeichnung								
Projektbeschreibung (summarisch)								
Auftraggeber (Name und Anschrift des Referenzgebers)								
Ansprechperson beim Referenzgeber (Kontaktdaten mind. Telefon, E-Mail)								
Planung der technischen Ausrüstung für Bäder mit Nichtschwimmer- oder Kinderplanschbecken					☐	Ja		
					☐	Nein		
mit Wasserattraktionen und/oder Spielgeräten					☐	Ja		
					☐	Nein		
Baukosten der KG 410, 470 (netto in EUR) (mind. 250.000 € netto für 470)	410				470			
Honorarzone nach § 40 HOAI (mind. Zone II (ALG 1) III (ALG 7))	ALG 1				ALG 7			
im Leistungszeitraum vom Bewerber selbst erbrachte Grundleistungen gem. § 39 HOAI (nur ALG 7) (mind. LPH 2-5) *)	LPH 1	LPH 2	LPH 3	LPH 4	LPH 5	LPH 6	LPH 7	LPH 8
	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Leistungszeitraum mindestens der Leistungsphasen 2-5 *) (Beginn der Bearbeitung von LPH 2 nicht vor dem 01.01.2016) (nur ALG 7)	Bearbeitungsbeginn (Datum bitte eintragen)				Bearbeitungsende (Datum bitte eintragen)			
Leistungsphase 1								
Leistungsphase 2								
Leistungsphase 3								
Leistungsphase 4								
Leistungsphase 5								
Leistungsphase 6								
Leistungsphase 7								
Leistungsphase 8								
nutzungsfähige Übergabe								

(bis spätestens Ende der Teilnahmefrist ; Datum bitte eintragen):				
In den vorgenannten LPH und Leistungszeiträumen vom Bewerber vollständig bearbeitete Anlagengruppen (mind. 1 und 7)	ALG 1	ALG 2	ALG 4	ALG 7
	☐	☐	☐	☐
Generalplanung (gemeinsame Erbringung von Freianlagenplanung und TA-Leistungen zu ALG 1, 7; Wertung nur bei losübergreifendem Teilnahmeantrag)				Ja
				Nein
Planung der Wasserattraktionen / -spielgeräte als Spraypark				Ja
				Nein
Auftraggeber ist öffentlicher Auftraggeber gem. § 99 GWB o.gw.				Ja
				Nein
Leistung erfolgte in einer Zuwendungsumgebung (Fördermittel)				Ja
				Nein
Projektleitung				
stellv. Projektleitung				
Bauüberwachung				

*) da für das Vorhaben keine Baugenehmigung erforderlich ist, bleibt die (Nicht-)Erbringung der LPH 4 im Referenzprojekt unberücksichtigt

Die mittlere Spalte kann ggf. für Erläuterungen genutzt werden.

Das Referenzprojekt kann zusätzlich als Anlage durch ein Projektdatenblatt Ihrer Wahl mit grafischer und maßgeblicher Darstellung und textlicher Erläuterung, insbesondere im Hinblick auf Mindestanforderungen und Eignungskriterien, erläutert werden. Bitte achten Sie auf eine klare Zuordnung des Projektdatenblattes zur Referenznummer.

Referenzprojekt 2									
☐	Die Referenz ist Vorzugs-Referenz zur Prüfung und Wertung der Begrenzungskriterien								
Projektbezeichnung									
Projektbeschreibung (summarisch)									
Auftraggeber (Name und Anschrift des Referenzgebers)									
Ansprechperson beim Referenzgeber (Kontaktdaten mind. Telefon, E-Mail)									
Planung der technischen Ausrüstung für Bäder mit Nichtschwimmer- oder Kinderplanschbecken		☐		Ja					
		☐		Nein					
mit Wasserattraktionen und/oder Spielgeräten		☐		Ja					
		☐		Nein					
Baukosten der KG 410, 470 (netto in EUR) (mind. 250.000 € netto für 470)		410				470			
Honorarzone nach § 40 HOAI (mind. Zone II (ALG 1) III (ALG 7))		ALG 1				ALG 7			
im Leistungszeitraum vom Bewerber selbst erbrachte Grundleistungen gem. § 39 HOAI (nur ALG 7) (mind. LPH 2-5) *)		LPH 1	LPH 2	LPH 3	LPH 4	LPH 5	LPH 6	LPH 7	LPH 8
		☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Leistungszeitraum mindestens der Leistungsphasen 2-5 *) (Beginn der Bearbeitung von LPH 2 nicht vor dem 01.01.2016) (nur ALG 7)		Bearbeitungsbeginn (Datum bitte eintragen)				Bearbeitungsende (Datum bitte eintragen)			
Leistungsphase 1									
Leistungsphase 2									
Leistungsphase 3									
Leistungsphase 4									
Leistungsphase 5									
Leistungsphase 6									
Leistungsphase 7									
Leistungsphase 8									
nutzungsfähige Übergabe									

(bis spätestens Ende der Teilnahmefrist ; Datum bitte eintragen):				
In den vorgenannten LPH und Leistungszeiträumen vom Bewerber vollständig bearbeitete Anlagengruppen (mind. 1 und 7)	ALG 1	ALG 2	ALG 4	ALG 7
	☐	☐	☐	☐
Generalplanung (gemeinsame Erbringung von Freianlagenplanung und TA-Leistungen zu ALG 1, 7; Wertung nur bei losübergreifendem Teilnahmeantrag)			☐	Ja
			☐	Nein
Planung der Wasserattraktionen / -spielgeräte als Spraypark			☐	Ja
			☐	Nein
Auftraggeber ist öffentlicher Auftraggeber gem. § 99 GWB o.gw.			☐	Ja
			☐	Nein
Leistung erfolgte in einer Zuwendungsumgebung (Fördermittel)			☐	Ja
			☐	Nein
Projektleitung				
stellv. Projektleitung				
Bauüberwachung				

*) da für das Vorhaben keine Baugenehmigung erforderlich ist, bleibt die (Nicht-)Erbringung der LPH 4 im Referenzprojekt unberücksichtigt

Die mittlere Spalte kann ggf. für Erläuterungen genutzt werden.

Das Referenzprojekt kann zusätzlich als Anlage durch ein Projektdatenblatt Ihrer Wahl mit grafischer und maßgeblicher Darstellung und textlicher Erläuterung, insbesondere im Hinblick auf Mindestanforderungen und Eignungskriterien, erläutert werden. Bitte achten Sie auf eine klare Zuordnung des Projektdatenblattes zur Referenznummer.

Referenzprojekt 3								
☐	Die Referenz ist Vorzugs-Referenz zur Prüfung und Wertung der Begrenzungskriterien							
Projektbezeichnung								
Projektbeschreibung (summarisch)								
Auftraggeber (Name und Anschrift des Referenzgebers)								
Ansprechperson beim Referenzgeber (Kontaktdaten mind. Telefon, E-Mail)								
Planung der technischen Ausrüstung für Bäder mit Nichtschwimmer- oder Kinderplanschbecken					☐	Ja		
					☐	Nein		
mit Wasserattraktionen und/oder Spielgeräten					☐	Ja		
					☐	Nein		
Baukosten der KG 410, 470 (netto in EUR) (mind. 250.000 € netto für 470)	410				470			
Honorarzone nach § 40 HOAI (mind. Zone II (ALG 1) III (ALG 7))	ALG 1				ALG 7			
im Leistungszeitraum vom Bewerber selbst erbrachte Grundleistungen gem. § 39 HOAI (nur ALG 7) (mind. LPH 2-5) *)	LPH 1	LPH 2	LPH 3	LPH 4	LPH 5	LPH 6	LPH 7	LPH 8
	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Leistungszeitraum mindestens der Leistungsphasen 2-5 *) (Beginn der Bearbeitung von LPH 2 nicht vor dem 01.01.2016) (nur ALG 7)	Bearbeitungsbeginn (Datum bitte eintragen)				Bearbeitungsende (Datum bitte eintragen)			
Leistungsphase 1								
Leistungsphase 2								
Leistungsphase 3								
Leistungsphase 4								
Leistungsphase 5								
Leistungsphase 6								
Leistungsphase 7								
Leistungsphase 8								
nutzungsfähige Übergabe								

(bis spätestens Ende der Teilnahmefrist ; Datum bitte eintragen):				
In den vorgenannten LPH und Leistungszeiträumen vom Bewerber vollständig bearbeitete Anlagengruppen (mind. 1 und 7)	ALG 1	ALG 2	ALG 4	ALG 7
	☐	☐	☐	☐
Generalplanung (gemeinsame Erbringung von Freianlagenplanung und TA-Leistungen zu ALG 1, 7; Wertung nur bei losübergreifendem Teilnahmeantrag)			☐	Ja
			☐	Nein
Planung der Wasserattraktionen / -spielgeräte als Spraypark			☐	Ja
			☐	Nein
Auftraggeber ist öffentlicher Auftraggeber gem. § 99 GWB o.gw.			☐	Ja
			☐	Nein
Leistung erfolgte in einer Zuwendungsumgebung (Fördermittel)			☐	Ja
			☐	Nein
Projektleitung				
stellv. Projektleitung				
Bauüberwachung				

*) da für das Vorhaben keine Baugenehmigung erforderlich ist, bleibt die (Nicht-)Erbringung der LPH 4 im Referenzprojekt unberücksichtigt

Die mittlere Spalte kann ggf. für Erläuterungen genutzt werden.

Das Referenzprojekt kann zusätzlich als Anlage durch ein Projektdatenblatt Ihrer Wahl mit grafischer und maßgeblicher Darstellung und textlicher Erläuterung, insbesondere im Hinblick auf Mindestanforderungen und Eignungskriterien, erläutert werden. Bitte achten Sie auf eine klare Zuordnung des Projektdatenblattes zur Referenznummer.